

Landesrat Die Linke NRW am 27. April 2024

Ersetzungsantrag zum Antrag „Radikale Rechte durch breite Bündnisse und soziale Politik wirksam bekämpfen!“

Antragstellerin: Antikapitalistische Linke – AKL NRW

Die Radikale Rechte wirksam bekämpfen!

1. Analyse

Die AfD ist das Produkt der krisenhaften Entwicklung des kapitalistischen Systems und Ausdruck des Scheiterns der bürgerlichen Gesellschaft.

In der Krise wendet sich die herrschende Klasse in Teilen oder in ganz den autoritären Formen der Klassenherrschaft zu, wie schon in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts. Dies ist auch heute wieder weltweit zu beobachten: Trump, Meloni, LePen, Orban, Erdogan, sind Ausdruck der nationalistischen, rassistischen, militaristischen autoritär-repressiven Tendenzen in der herrschenden Klasse.

Die AfD steht im Zentrum eines eng vernetzten rechten Projekts, das die Gesellschaft grundlegend verändern will: national, autoritär und ungleich. Das rechte Projekt ist leider auch Ausdruck der Schwäche der gesellschaftlichen und politischen Linken, welche die jahrelange gesellschaftliche Rechtsentwicklung nicht hat stoppen können.

Jahrelang wurde die AfD verharmlost. Doch die AfD ist nicht „normal“. Sie ist eine im Kern faschistische Partei. Als parlamentarischer Arm des reaktionären und rassistischen Terrors bildet sie die Brücke zwischen Faschisten, rechtskonservativen, reaktionären und rechts-libertären Kräften. Ihre politische Agenda, insbesondere Rassismus zu befördern und die Migrationsfrage zur „Mutter aller Probleme“ zu erklären, wurde von allen Parteien (etablierten wie neuen Formationen) mit Ausnahme der LINKEN übernommen. Gleichzeitig gerierte sich die AfD als Anti-Establishment Partei. Durch all dies konnte sie sich etablieren und verfügt nun über eine große Anhängerschaft sowie - mit Abgeordneten und deren Mitarbeiter*innen - über ein enormes Potential zur Umsetzung ihrer Ziele.

Seit ihrer Gründung als „Professorenpartei“ gegen den Euro und rechtsbürgerliche Formation ist die AfD kontinuierlich nach rechts gerückt. Ursprünglich bestand sie neben der extrem wirtschaftsliberalen Professorenriege aus einer rückwärtsgewandten, hart konservativen, antifeministischen und die Familienwerte hochhaltenden Strömung und den völkisch-nationalistischen und faschistischen Flügel. Mittlerweile dominiert der offen faschistische „Flügel“ um Björn Höcke, der nur formal aufgelöst wurde, das Programm und die Personalentscheidungen auf Parteitag, aber die konservativen, antifeministischen und wirtschaftsliberalen Positionen sind nach wie vor in der Partei präsent. Die nächsten Schritte zur innerparteilichen Machtübernahme und zum Übergang der AfD hin zu einer offen faschistischen Massenpartei stehen bevor.

Die AfD ist eine von Faschisten geführte Partei, die Millionen von Mitbürger:innen deportieren will und einen antidemokratischen Umsturz plant. Zum ersten Mal in der deutschen Nachkriegsgeschichte besteht mit der AfD die Gefahr der dauerhaften Etablierung einer faschistischen Massenpartei.

2. Gegenstrategie

Unsere Gegenstrategie muss auf zwei Standbeinen basieren:

A) Wir müssen die AfD politisch bekämpfen.

1. Die Linke muss den Blick auf die gesamtgesellschaftlichen Probleme richten und darf nicht übersehen, dass es die Parteien der extremen Mitte (CDU/CSU, SPD, FDP und die Grünen) sind, die Militarisierung, Sozialabbau und Asylrechtsverschärfungen betreiben. Die Linke muss auch die Politik dieser extremen Mitte angreifen und dagegen protestieren.
2. Die Linke muss den Kampf gegen die radikale Rechte mit der Kritik und dem Kampf gegen die herrschenden Verhältnisse verbinden und eine neue Klassenpolitik entwickeln.
3. Die Linke setzt auf Solidarität und soziale Gleichheit statt Ausgrenzung und Treten nach unten. Der Kampf gegen Rechts ist auch ein Kampf gegen Militarisierung und Krieg und für internationale Solidarität.
4. Die AfD und die extreme Rechte machen Ausländer oder Bürgergeldbezieher*innen zu Sündenböcken. Dem muss die Linke entgegentreten und die Eigentums- und Ausbeutungsverhältnisse anprangern.
5. Die AfD wendet sich nicht gegen den Abbau sozialer Ungleichheit – im Gegenteil sie will sie verschärfen. Sie ist gegen Besteuerung für Besserverdienende und Vermögende und für den Abbau sozialer Leistungen. Sie leugnet den Klimawandel und trägt damit zur Verschärfung der Klimakatastrophe bei.
6. In dem rechten Weltbild der AfD soll die deutsche Familie als Keimzelle der Gesellschaft die soziale Sicherung für Familienmitglieder übernehmen. Frauen sollen zurück an den Herd, der Familie dienen und mindestens drei Kinder bekommen.
7. Die Linke klärt auf über die Inhalte und Strategien der Rechten und stellt dem ihr Programm für Geschlechtergerechtigkeit, Frieden und soziale und Klimagerechtigkeit entgegen.
8. Der Kampf gegen Rechts erfordert Bündnisse mit den Menschen in den Stadtteilen und Betrieben, mit Sozialen Bewegungen und Gewerkschaften, mit allen die von Ausbeutung und Ausgrenzung betroffen sind und sich für ein besseres Leben einsetzen.
9. Die Linke verbindet den Kampf für ein offene, antirassistische Gesellschaft mit dem Kampf für eine soziale und ökonomische sichere Existenz für jede und jeden.

B) Wir müssen der AfD im öffentlichen Raum aktiv entgegen treten

1. Wir stehen an der Seite von Millionen Menschen, die in den letzten Monaten gegen die Deportationspläne der AfD auf die Straße gegangen sind: „Die Brandmauer sind wir!“ Das war und ist eine wichtige Ermutigung für alle Antifaschist:innen.

Besonders bewundernswert sind die Gegenaktionen gegen Rassismus und Faschismus in den Ortschaften, wo es bereits eine große AfD-Anhängerschaft gibt.

2. Wir bringen in solche Demonstrationen durch Spruchbänder, Reden und Parolen auch unsere Gegnerschaft gegen die rassistische und asoziale Politik von Ampel-, Unions- und sonstigen Parteien ein.
3. Wir lehnen es ab, die AfD als „normalen“ politischen Gegner zu behandeln und mit ihren Vertreter:innen Podien zu teilen oder ihnen Plattformen für ihre Propaganda zu bieten. Zum Dialog mit diskussionsbereiten Teilen der AfD-Wählerschaft sind wir bereit.
4. Wir lehnen jede Kooperation mit der AfD in parlamentarischen Gremien ab. Unabhängig vom Inhalt unterstützen wir keine Anträge der AfD und bringen auch keine gemeinsamen Initiativen ein.

Darüber hinaus halten wir auch Aktivitäten der direkten Aktion für nötig. Dazu gehören:

5. der Schutz von Geflüchtetenunterkünften, die immer weder Ziel von Angriffen sind, gemeinsam mit Akteuren der Zivilgesellschaft.
6. Aktionen zivilen Ungehorsams dort, wo die AfD aktiv den Raum besetzen will, z.B. bei Parteitag, größeren öffentlichen Veranstaltungen und Umzügen. Wenn wir der AfD nicht aktiv den Raum nehmen, den sie vereinnahmen will, werden wir die Ausbreitung des Faschismus nicht verhindern. Wir wollen klar machen, dass es unsere Räume sind: Räume der Demokratie, der Vielfalt und der Menschlichkeit.

Gegen Rechts hilft nur Links. Wir beteiligen uns nicht an dem Wettbewerb, den deutschen Kapitalismus besser zu verwalten zu wollen. Wir teilen nicht die Ansicht, dass die Krisen unserer Zeit nur durch Staatsversagen und Managementfehler entstanden sind. Das System - die Produktions- und Eigentumsverhältnisse - sind der Fehler. Wir werden den Kampf gegen Rechts immer mit unserem Kampf gegen den Kapitalismus verbinden.